

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JK/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Das Ungleichheitsvirus](#)
2. [Rückschlag bei Corona-Impfstoff? AstraZeneca bei Älteren angeblich kaum wirksam](#)
3. [Scheiß Russengas - Es gibt kein richtiges Grün im falschen](#)
4. [Gesundheitsschutz darf kein Privileg sein](#)
5. [Brachiale Gewalt: Diese Aufnahmen werden zu Sinnbildern der Willkür des Systems Putin](#)
6. [Mehr Freiheiten für Geimpfte?](#)
7. [Jede dritte Infektion in MV im Zusammenhang mit Altenheimen](#)
8. [Amazon spielt tschechische und deutsche Angestellte gegeneinander aus](#)
9. [Gefangen in moderner Sklaverei](#)
10. [Schwieriger Aufstieg aus der Herkunftswelt](#)
11. [Warum Immobilieneigentümer für die Krise zahlen sollten](#)
12. [Altersvorsorge auf Kosten anderer](#)
13. [Virologe kritisiert Merkels Corona-Strategie: „Zielwert illusorisch“](#)
14. [„Gefährlicher als Corona-Leugner“ - Spiegel geht auf renommierte Virologen los](#)
15. [Wissenschaftler widerlegen Mehrwert von FFP2-Masken](#)
16. [USA und Europaparlament setzen Politik des Regime Change in Venezuela fort](#)
17. [Wie Edward Bernays Massen manipulierte - Der Vater der Propaganda](#)
18. [Noam Chomsky: "Rebellion oder Untergang" - Wie wir die Apokalypse noch verhindern können](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. Das Ungleichheitsvirus

Als Folge der Corona-Pandemie droht die Ungleichheit erstmals in fast allen Ländern der Welt gleichzeitig anzusteigen. Diese Krise verschärft die vorher schon dramatischen Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen den Geschlechtern und zwischen Weißen und Black, Indigenous and People of Color (BIPoC). Bereits neun Monate nach Ausbruch der Pandemie hatten die 1.000 reichsten Milliardär*innen wieder so viel Vermögen wie in der Zeit vor COVID-19. Die weltweit ärmsten

Menschen hingegen könnten länger als ein Jahrzehnt brauchen, um die Auswirkungen der Pandemie zu überwinden.

Die Krise zeigt wie unter einem Brennglas, wie sehr unser derzeitiges Wirtschaftssystem die Ungleichheit vertieft. Aufgrund fehlenden politischen Willens und einer chronischen Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte mangelt es an guten staatlichen Gesundheits-, Bildungs- und sozialen Sicherungssystemen. Kombiniert mit Arbeitslosigkeit trifft dies vor allem in Armut lebende Menschen. Dort, wo diese Systeme fehlen oder zu schwach sind, verarmen und sterben mehr Menschen als anderswo.

Die Regierungen müssen jetzt handeln und extreme Ungleichheit und Armut bekämpfen. Damit die notwendigen Maßnahmen finanziert werden können, müssen Konzerne und Superreiche ihren fairen Anteil zur Bewältigung der Krise beitragen. Die Corona-Pandemie muss ein Weckruf sein, extreme Ungleichheit und Armut endlich bei der Wurzel zu packen. Dafür brauchen wir ein Wirtschaftssystem, das die Macht und den Einfluss sehr großer Konzerne reduziert, an dem Beschäftigte, Erzeuger, Verbraucher*innen und andere Akteursgruppen politisch und wirtschaftlich gleichberechtigt teilhaben und das Gewinne unter Beachtung der planetarischen Grenzen erwirtschaftet und von Anfang an gerecht verteilt. Der Schlüssel liegt in einer Demokratisierung der Wirtschaft, das heißt Entscheidungsmacht muss breit geteilt werden und darf sich nicht bei einigen wenigen konzentrieren.

Quelle: [Oxfam](#)

dazu: Krise? Welche Krise?

Der Eigentümer von Lidl und Kaufland, Dieter Schwarz, dürfte davon jedenfalls nicht viel gemerkt haben. Er steigerte sein Vermögen in den Jahren 2019-2020 von 22,6 auf 36,8 Milliarden Euro. Und er ist nicht der einzige, der aus der Krise noch ordentlich Profit machen konnte: Die reichsten Menschen konnten ihre Vermögen auch in der Krise erheblich steigern. Gleichzeitig muss rund die Hälfte der weltweiten Bevölkerung von weniger als 5,50 Dollar am Tag leben. Auch hierzulande sahten die Milliardäre ab, gewiss dass ihre Firmenanteile und Renditen vom Staat schnell und großzügig abgesichert würden – während viele kleine Unternehmen und von der Krise Betroffene bis heute auf jegliche Hilfe warten und vor dem Ruin stehen. Es ist endlich an der Zeit zu fragen, wer für die Kosten der Krisenbewältigung in die Verantwortung genommen werden soll – wir brauchen eine Vermögensabgabe für Milliardäre und Multi-Millionäre!

Quelle: [Sahra Wagenknecht via facebook](#)

2. Rückschlag bei Corona-Impfstoff? AstraZeneca bei Älteren angeblich kaum

wirksam

Bei älteren Menschen soll das Mittel des britisch-schwedischen Konzerns eine Wirksamkeit von nur acht Prozent haben. Das berichtet das deutsche Handelsblatt. Der gemeinsam von AstraZeneca und der Universität Oxford entwickelte Impfstoff COVID-19 könnte bei Menschen über 65 Jahren nur zu acht Prozent wirksam sein. Das berichtet zumindest das Handelsblatt unter Berufung auf Quellen innerhalb der deutschen Regierung.

Erst heute hatte Gesundheitsminister Anschöber verlauten lassen, er erwarte erste Lieferungen des AstraZeneca-Impfstoffs ab dem 7. Februar. Beim „Steering Board Meeting“ zur EU-Impfstoffbeschaffung gab der Chef von AstraZeneca laut einer Aussendung des Gesundheitsministeriums am Montag bekannt, dass die Zulassung des Impfstoffs voraussichtlich Ende dieser Woche erfolgen soll. [...]

Nach Handelsblatt-Informationen prüft das deutsche Gesundheitsministerium bereits, ob die nach Alter gestaffelte Impfreihefolge angepasst werden muss. Im ungünstigsten Fall ließe sich womöglich das Versprechen, jedem im Sommer ein Impfangebot machen zu können, nicht halten.

Am Montag gab zudem der US-Konzern Merck bekannt, dass er die Entwicklung eines eigenen Impfstoffs gestoppt hat. Und Moderna meldete, dass der eigene Impfstoff bei Mutationen seine hohe Wirksamkeit unter Senioren ebenfalls nicht bestätigen kann.

Quelle: [Kurier](#)

dazu: Rückschlag bei Corona-Impfstoff: Astra-Zeneca-Vakzin wirkt bei Senioren wohl kaum

Der deutschen Impfstrategie droht ein Fiasko: Bei älteren Menschen soll das Mittel des britisch-schwedischen Konzerns eine Wirksamkeit von nur acht Prozent haben.

Quelle: [Handelsblatt \(hinter der Bezahlschranke\)](#)

und: EU-Kommission verlangt Einblick in Daten von Astra-Zeneca

Mit großen Ärger reagiert die EU auf Lieferprobleme des Impfstoffherstellers. Nun will die Kommission wissen, was in welchem Werk wann produziert wurde. Derweil weist das Unternehmen Berichte über geringere Wirksamkeit bei älteren Menschen zurück. [...]

Unterdessen berichteten Medien, dass der Impfstoff von Astra-Zeneca eine vergleichsweise geringe Wirksamkeit bei Senioren habe und für die Altersgruppe der Über-65-jährigen keine Zulassung erhalten könnte. Wie die „Bild“-Zeitung unter Berufung auf Regierungskreise berichtet, liege die Wirksamkeit des Astra-Zeneca-Impfstoffs bei unter zehn Prozent, das „Handelsblatt“ berichtet unter Berufung auf Koalitionskreise von einem Wirkungsgrad von acht Prozent. Astra-Zeneca wies

Berichte über eine bis auf acht Prozent reduzierte Wirksamkeit bei Senioren zurück. Die Angaben seien „komplett falsch“, erklärte das Unternehmen.

Quelle: [FAZ](#)

Anmerkung Jens Berger: Die Zweifel an der Wirksamkeit des AstraZeneca-Impfstoffs bei Älteren kommen nicht überraschend. In der dritten Phase der klinischen Studie waren nur [18% der Probanden über 55 Jahre alt](#) und die Auswertung der Daten hatte mehrere Fragen aufgeworfen. So war die Kontrollgruppe, die eine besonders hohe Wirksamkeit aufwies, ausschließlich mit Probanden unter 55 Jahren besetzt. In einem intransparenten Verfahren [vermischte](#) AstraZeneca dann die Studiendaten und kam am Ende zwar auf eine ausreichende Wirksamkeit, wobei allerdings vollkommen unklar ist, wie diese sich im Altersspektrum verteilt. All diese Unklarheiten scheinen die EU jedoch nicht großartig zu stören. Dort ist man stattdessen empört darüber, dass AstraZeneca [nicht schnell genug liefern kann](#) und geht bereits davon aus, dass der Impfstoff – trotz der vielen offenen Fragen – noch in dieser Woche zugelassen wird. Nun muss man sicher kein Hellseher sein, wenn man angesichts dieses politischen Drucks an der Unabhängigkeit des Prüfungsverfahrens zweifelt. Man darf aber spekulieren. Da der AstraZeneca-Impfstoff anders als beispielsweise der Impfstoff von Biontech/Pfizer nicht sonderlich aufwändig gekühlt werden muss, eignet er sich vor allem für den Einsatz in Arztpraxen und hier – so hört man – sollen ja ohnehin ab dem späten Frühjahr jüngere Menschen geimpft werden. Ein mögliches Szenario wäre also: Die Alten werden in Impfzentren mit dem „guten“ Impfstoff von Biontech geimpft und die Jüngeren in den Arztpraxen mit dem „schlechten“ Impfstoff von AstraZeneca, der jedoch – sofern die Studiendaten stimmen – bei ihnen sogar halbwegs wirkt. Wenn da nur nicht die ungeklärten Langzeitfolgen dieses Vektorimpfstoffs wären, die ja gerade für Jüngere ein potentiell Problem darstellen. Die persönliche Impfscheidung wird dadurch vor allem für die Jüngeren nicht eben einfacher.

Passend dazu: To hit Commission target, EU vaccine rollout should be 5 times faster

Countries need to up their game to inoculate 70 percent of adults by the end of September.

The European Commission wants 70 percent of all adults in the EU to get the coronavirus jab by the summer.

At this point, that goal is wildly off. If the current pace of vaccination persists, the bloc as a whole would reach only 15 percent by the end of September. Based on the average of the past week, the bloc would have to ramp up vaccination by a factor of five to hit its target. [...]

Country	Expected month when 70 percent of adults target would be reached	Current daily doses administered	Necessary daily doses to reach target by September 22
U.K.	Aug. 2021	331,933	276,740
Malta	May. 2022	1,182	2,308
Romania	Dec. 2022	31,828	89,429
Portugal	Feb. 2023	15,940	48,483
Ireland	Apr. 2023	6,371	20,664
Austria	Jun. 2023	11,765	41,663
France	Jul. 2023	82,058	298,309
Finland	Jul. 2023	6,874	25,319
Spain	Sep. 2023	56,696	217,593
Cyprus	Sep. 2023	1,022	4,000
Czech Rep.	Feb. 2024	10,882	49,204
Greece	Feb. 2024	11,092	50,622
Slovakia	Feb. 2024	5,535	25,089
Sweden	Apr. 2024	9,616	44,992
Slovenia	Apr. 2024	2,009	9,639
Germany	May. 2024	80,485	393,242
Poland	Jun. 2024	35,331	176,234
Lithuania	Jul. 2024	2,543	12,945
Luxembourg	Sep. 2024	523	2,818
Belgium	Sep. 2024	9,632	51,953
Estonia	Oct. 2024	1,106	6,086
Croatia	Dec. 2024	3,346	19,153
Denmark	Aug. 2025	3,902	26,065
Netherlands	Sep. 2025	11,429	79,667
Hungary	Nov. 2026	5,326	45,826
Italy	Dec. 2027	28,209	287,692
Latvia	Mar. 2032	537	8,917
Bulgaria	Aug. 2040	1,139	33,368

Quelle: [Politico](#)

Anmerkung Jens Berger: Hurra. Dann können wir uns ja ab Mai 2024 auf eine langsame Rückkehr zur „Normalität“ freuen.

3. **Scheiß Russengas - Es gibt kein richtiges Grün im falschen**

Energiepolitische Fragen in der EU werden nicht ausschließlich im ökonomischen, noch weniger im ökologischen und erst recht nicht in einem luftleeren Raum verhandelt. Mit derlei Fragen wird Politik gemacht.

Und oft genug ist dabei der Verdacht recht naheliegend, dass die exponiertesten Gegner einzelner Energieprojekte gar nicht aus ökologischen Motiven handeln, sondern aus ökonomischen, ideologischen oder nationalistischen.

NordStream 2 ist ganz sicher ein solcher Fall. Selten wurde eine energiepolitische Entscheidung in diesem Maße mit ideologischen Positionierungen vermischt, wenn nicht gar gänzlich von ihnen überlagert. ...

Moralisten, aufgepasst: Haben Sie je etwas von den allein im vergangenen Jahr in Betrieb genommenen und teils von der EU sogar finanzierten Gas-Pipelines TurkStream oder TANAP gehört? ...

Das erste Schwesterprojekt zum Russen-Gas aus NordStream 2 ist nämlich schon da. Es ist, Tätäräää: Russen-Gas aus Turkstream. ... Die Pipeline wurde am 8. Januar 2020 feierlich eröffnet ...

Das zweite Schwesterprojekt zum Russen-Gas aus NordStream 2 ist auch schon da. Es ist, Tätärätamtam: aserbaidshanisches Diktatoren-Gas aus der Transanatolischen Pipeline TANAP und ihrer Verlängerung, der Transadriatischen Pipeline TAP.

Das gemeinsame Projekt des aserbaidshanischen Staatsbetriebs SOCAR, der türkischen BOTAS und der britischen BP wurde als project of common interest (PCI) der Europäischen Kommission geführt und von der Europäischen Investitionsbank (932 Mio. Euro) sowie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (500 Mio. USD) unterstützt.

Das dritte Schwesterprojekt zum Russen-Gas durch NordStream 2 wird längst vorbereitet.

Es ist, Tätäräää: fiesestes Fracking-Gas aus den USA.

Dort nennen sie dieses Gas, bei dem hochtoxische Chemikalien unter Druck in Gestein gepresst werden und dessen extensive Förderung als Hauptursache des globalen Anstiegs von Methan-Emissionen gilt, übrigens noch nicht einmal GIFTGAS, was zwar geschmacklos, aber wenigstens angemessen wäre, sondern „Freedom Gas“.

Glückwunsch, USA. ...

Dass irgendein NordStream 2-Gegner hierzulande sich bisher daran gestoßen hätte,

wäre mir neu. ...

Aus einer rätselhaften Hybris heraus betreibt die EU, soweit es Russland angeht, das genaue Gegenteil der Politik, deren neueres Erbe sie ist. Vielleicht, um ein metahistorisches Gleichgewicht zulasten Willy Brandts herzustellen, vielleicht, weil sie gefangen ist in ihren nickeligen, kleinlichen Voreingenommenheiten oder, vielleicht, ist sie eben auch einfach nur blöd. Ich jedenfalls bezweifle, dass die verbissene ANSPANNUNGSPOLITIK der EU gegenüber Russland die geeignetste Strategie ist, um ein freies und friedliches Leben in Europa zu bewahren.

Und eine ökologisch vernünftige Energiepolitik in der EU kann sicher alles Mögliche gebrauchen, aber eine ideologische oder moralische Instrumentalisierung ganz sicher nicht.

Quelle: [Martin Sonneborn](#)

4. **Gesundheitsschutz darf kein Privileg sein**

Das Virus trifft nicht alle gleich hart. Es trifft arme Menschen härter. Tafeln sind geschlossen, Schul- und Kitaessen fallen aus, Schutzmasken kosten Geld, Laptops für Homeschooling haben nur wenige Haushalte.

Was viele gutverdienende Familien noch finanziell abfedern können, ist für die Armen in dieser Gesellschaft ein Existenzkampf.

Die Corona-Pandemie verschärft die soziale Ungleichheit. Und das weltweit. Das Schlimmste ist, dass diese Erkenntnis von Oxfam kaum jemanden überraschen dürfte. Wer es sich leisten kann, kann sich schützen. Dabei darf Gesundheitsschutz kein Privileg sein und nicht an Status oder Einkommen gekoppelt sein – doch diese Pandemie macht diesen Zusammenhang deutlicher denn je.

Alleinstehende Hartz-IV-Empfänger*innen bekommen seit Anfang dieses Jahres 14 Euro mehr, insgesamt 446 Euro im Monat. Zum Leben, wohl eher zum Überleben. Wie soll jemand mit 446 Euro sich mit FFP2-Masken für einen ganzen Monat versorgen, wenn nur eine Maske im Schnitt bereits vier Euro kostet? ...

Die verschärfte Maskenpflicht gilt ab heute, wer kein Geld hat für medizinische Masken kann nur hoffen, in einem Bundesland zu leben, in denen sie kostenlos verteilt werden.

Das Signal, das von der Bundesregierung ausgeht, ist fatal: Wir beschließen erst strengere Maßnahmen, an die Bedürftigen denken wir aber hinterher. Mit weitsichtiger und sozialer Politik hat das wenig zu tun.

Und während Menschen ihren Job verlieren, zuhause ausharren müssen, in Kurzarbeit sind, Kinder betreuen und nebenbei noch Lehrer und Lehrerin spielen müssen, steigt laut Oxfam das Vermögen der zehn reichsten Männer der Welt – trotz Pandemie – um fast eine halbe Billion US-Dollar auf knapp über eine Billion.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

5. **Brachiale Gewalt: Diese Aufnahmen werden zu Sinnbildern der Willkür des Systems Putin**

Demonstranten mit Knüppeln zusammengeschlagen, Frauen zu Boden getreten, Kinder abgeführt – den Massenprotesten in Russland begegneten die Sicherheitskräfte des Kremls mit brachialer Gewalt. Videoaufnahmen zeigen das erschreckende Ausmaß der Willkür.

Aus dem berüchtigten Moskauer Gefängnis "Matrosenruhe" hat Alexej Nawalny zu Protesten aufgerufen. Und die Russen kamen: in Moskau, Sankt Petersburg, Kasan, Nowosibirsk, Omsk und vielen anderen Städten. Sogar in Jakutsk gingen die Menschen auf die Straße – bei Temperaturen um minus 50 Grad. Der Protest dehnte sich über das gesamte Land aus, von Wladiwostok im äußersten Osten bis zu der russischen Enklave im Westen, Kaliningrad. In 125 Städten skandierten die Menschen "Freiheit für Nawalny" und "Putin, hau ab!". "Nieder mit dem Zaren", riefen sie vor dem Winterpalast in Sankt Petersburg, in Jekaterinburg bewarfen sie die Polizei mit Schneebällen.

Quelle: [Stern](#)

Anmerkung JK: Natürlich ist Polizeigewalt nirgendwo zu rechtfertigen, aber für diese Bilder muss man nicht unbedingt nach Moskau fahren. Ähnliches war auch in Paris während des Aufstandes der Gelbwesten zu sehen bzw. dass die russische Polizei mit Gummigeschossen auf Demonstranten schießt, davon war bisher noch nichts zu hören. Die Berichterstattung über das nicht minder brutale Vorgehen der französischen Polizei gegen die Gelbwesten hielt sich in den deutschen Medien, wenn überhaupt vorhanden, äußerst in Grenzen.

dazu: Proteste in Russland: EU denkt über Sanktionen nach

Das Vorgehen der russischen Ordnungskräfte gegen Protestierende in Russland am vergangenen Wochenende hat EU-Außenpolitiker dazu angeregt, vernehmbar über "nächste Schritte" nachzudenken, wie der Guardian heute Morgen berichtet.

»Die USA, Großbritannien und EU-Länder kritisierten am Sonntag die Regierung von Wladimir Putin. Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian bezeichnete die Massenverhaftung von Tausenden Demonstranten in mehreren russischen Städten als "unerträglichen Affront" und "Abgleiten in den Autoritarismus". «

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borell kündigte an, dass man als Antwort auf die Festnahme Nawalnys in der letzten Woche "nächste Schritte" diskutieren werde. Wie diese konkret aussehen könnten, dafür zitiert die britische Zeitung den polnischen Präsidenten Andrzej Duda: "neue Sanktionen" – und den CSU-Europapolitiker Manfred Weber: "neue Sanktionen".

Der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) kommt ausgiebig zu Wort. Weber plädiert dafür, dass die EZ dort ansetzt, "wo es dem System Putin wirklich weh tut – und das ist das Geld".

Darüber hinaus, so wird Weber weiter zitiert, müsste die Drohung, Nord Stream 2 zu stoppen, nach wie vor auf dem Tisch bleiben.

Auch aus der neuen US-Administration kam Kritik an der russischen Regierung. Das Außenministerium (State Department) veröffentlichte am vergangenen Samstag, den 23. Januar, eine scharfe Bausch-und Bogen-Verurteilung. Man begnügte sich nicht damit, konkrete repressive Vorgänge bei den Protesten am Samstag scharf zu verurteilen, sondern bettete das grundsätzlich in das große Bild einer langjährigen Politik der Unterdrückung in Russland ein:

»Die Vereinigten Staaten verurteilen scharf die Verwendung von harten Taktiken gegen Demonstranten und Journalisten an diesem Wochenende in Städten in ganz Russland. Vor den heutigen Ereignissen hat die russische Regierung versucht, das Recht auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, indem sie die Organisatoren von Protesten schikanierte, soziale Medienplattformen bedrohte und potenzielle Teilnehmer präventiv verhaftete.

Dies folgt einer jahrelangen Verschärfung der Einschränkungen und repressiven Maßnahmen gegen die Zivilgesellschaft, unabhängige Medien und die politische Opposition. «

Quelle: [heise online](#)

Anmerkung JK: *Wieder einmal der Gipfel der Heuchelei. Das Niederknüppeln der Gelbwestenproteste in Frankreich, einem Land der EU, hat faktisch niemanden interessiert und jetzt wird sofort nach Sanktionen gerufen. Selbstverständlich mischen sich die USA auch sofort wieder in die inneren Angelegenheiten Russlands ein. Was zeigt, dass sich auch unter Biden an der imperialen Ausrichtung der US-Außenpolitik unter dem Deckmantel der Menschenrechte nichts ändern wird.*

6. Mehr Freiheiten für Geimpfte?

Noch ist nicht klar, ob Menschen, die gegen Covid-19 geimpft sind, auch andere nicht mehr anstecken können. Das aber wäre eine grundlegende Voraussetzung, um Geimpften ihre Freiheitsrechte früher als anderen zurückzugeben.

Schon vergangene Woche hatte sich Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) dafür ausgesprochen, dass geimpfte Menschen nicht mehr unter die Corona-Restriktionen fallen sollten. Zustimmung kam einige Tage später von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD). Allerdings, sagte Lambrecht, müsse sicher sein, dass Geimpfte das Virus nicht übertragen können.

Ihre Argumentation ist quasi andersherum. Nicht die Geimpften bekommen Privilegien eingeräumt, sondern sie haben ein berechtigtes Anrecht darauf, dass sie ihre Grundrechte früher zurückbekommen. "Wenn sicher feststeht, dass von Geimpften keine Gefahr für Andere ausgeht, fällt ein wichtiges Begründungselement für den Grundrechtseingriff weg", sagte die Ministerin. ...

Enzo Dicalogero ist Chef des Restaurants "Il pane e le rose" in Berlin. Seit 25 Jahren bewirbt er seine Gäste. Der gebürtige Sizilianer findet die Idee, nur Menschen, die gegen Corona geimpft sind, in sein Lokal zu lassen, absurd. Das führe nur zu Problemen. "Wir sind keine Polizisten, wir können das nicht kontrollieren.

Gastronomie ist Kommunikation. Nein, das ist zu kompliziert!", sagt er und fasst sich an den Kopf.

Auch der Verband der Hotels und Gaststätten ist skeptisch: "Die Debatte ist verfrüht, da noch nicht alle, die sich impfen lassen wollen, dies können." Bis dahin sei zu klären, ob der Gastwirt einen Anspruch auf Vorlage des Impfpasses hat. "Es ist Aufgabe der Politik, für Klarheit zu sorgen. Wir erwarten rechtskonforme und praxistaugliche Lösungen."

Quelle: [Tagesschau](#)

Anmerkung JK: Es ist aberwitzig, dass diese Debatte ohne jeden großen Widerspruch überhaupt geführt wird. Die Frage, ob Geimpften wieder alle Grundrechte zustehen, ist überhaupt nicht zu stellen. Heribert Prantl hat dazu in der SZ treffend formuliert: „Grundrechte sind keine Privilegien, die man sich erst durch ein bestimmtes Handeln oder durch ein bestimmtes Verhalten verdienen kann oder verdienen muss. Grundrechte sind keine Belohnung, keine Gratifikation, kein Bonus, kein 13. Monatsgehalt. Sie sind einfach da, jeder hat sie, jeder darf sie in Anspruch nehmen. Grundrechte heißen Grundrechte, weil sie dem Menschen als Mensch ... zu stehen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

7. Jede dritte Infektion in MV im Zusammenhang mit Altenheimen

Seit Kurzem hat das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGuS) die Lageberichte zur Entwicklung der Corona-Geschehens in Mecklenburg-Vorpommern ausgeweitet. Dadurch wird ein detaillierter Blick auf die Pandemie hierzulande möglich – speziell auch in Altenheimen, Schulen und Kitas. Laut den aktuellen Zahlen sind derzeit mehr als 3.600 Menschen in MV mit dem Coronavirus infiziert, 1.364 von ihnen leben oder arbeiten in Altenpflegeeinrichtungen oder vergleichbaren Gemeinschaftseinrichtungen. Laut der am Montag veröffentlichten Zahlen sind 952 Bewohner und 412 Mitarbeiter betroffen.

Wie aus den LAGuS-Zahlen weiter hervorgeht, gibt es im Land derzeit 43 aktive Infektionsgeschehen in Alten- und Pflegeheimen. 119 Bewohner oder Mitarbeiter wurden in diesem Zusammenhang in Krankenhäuser eingeliefert. Insgesamt sind seit Ende September vergangenen Jahres in 96 Senioren- und Pflegeeinrichtungen Corona-Infektionen aufgetreten. Dabei hatten sich 2.324 Personen infiziert. Nach Angaben des Sozialministeriums gibt es in Mecklenburg-Vorpommern 369 stationäre Pflegeeinrichtungen sowie mehr als 600 ambulante Pflegedienste und Tagespflegeeinrichtungen.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den Schulen und Kitas. Aktuell sind laut LAGuS zehn Schüler und elf Lehrer und Mitarbeiter mit Corona infiziert, außerdem 16 Kinder aus Kindertageseinrichtungen und neun Erzieherinnen. In den Schulen und Kitas im Nordosten ist der Unterricht und die Kitakinder-Betreuung derzeit allerdings eingeschränkt. In Kreisen mit hohen Inzidenzwerten findet lediglich eine Notbetreuung statt. Mit Stichtag 14. Januar wurden laut dem Sozialministerium landesweit knapp 56 Prozent der Kita- und Hortkinder zu Hause betreut.

Quelle: [NDR](#)

Lesen Sie dazu auf den NachDenkSeiten: [Corona und das Politikversagen, über das kaum wer spricht](#).

8. Amazon spielt tschechische und deutsche Angestellte gegeneinander aus

Amazon hat keine Website für Tschechien. Aber es hat ein Verteilzentrum aufgebaut, um Bestellungen für die deutsche Kundschaft abzuwickeln. Der Standort wurde unter Protest deutscher Logistik-Angestellter errichtet. Heute verdienen die tschechischen Arbeiterinnen und Arbeiter lediglich die Hälfte des deutschen Lohns.

Das Pandemiejahr 2020 hat Amazon ein Rekordwachstum beschert. So war das dritte Quartal 2020 das bisher erfolgreichste – das Unternehmen verkündete eine Umsatzsteigerung von 37 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Laut Forbes stieg das persönliche Vermögen von Firmengründer Jeff Bezos zwischen Oktober 2019 und November 2020 um 70 Milliarden Dollar an.

Amazons Bemühungen, die Infrastruktur für praktisch alles – vom Online-Shopping bis zu Cloud-Diensten – bereitzustellen, haben die Aufmerksamkeit von Regulierungsbehörden in Washington und Brüssel auf sich gezogen. Aktivisten sprechen von Verstößen gegen Arbeitsrechte, Steuervermeidung, Missbrauch von persönlichen Daten, einem riesigen ökologischen Fußabdruck und der Rolle als De-facto-Regulierer für den Zugang anderer Unternehmen zu Kunden. Einen weiteren Schub an Aufmerksamkeit brachten die weltweiten »Make Amazon Pay«-Streiks und Proteste am sogenannten Black Friday, die vom multinationalen

Gewerkschaftsverband Uni Global Union zusammen mit der Progressiven Internationale und anderen Gruppen organisiert wurden.

In der Tschechischen Republik kann man bei Amazon nur über die deutsche Website einkaufen – was zu Verzögerungen für die Kundinnen führt, aber auch zu relativ hohen Preisen. Doch obwohl Amazon in Tschechien weniger Umsatz macht als lokale Plattformen, so hat es doch tschechische Angestellte, die vor allem den deutschen Markt beliefern. Wie eine Recherche von Voxpot zeigt, dient das Land Amazon als eine Art Warenlager – und als Quelle für billige Arbeitskräfte, die wohlhabende Verbraucher jenseits der westlichen Grenze mit Produkten versorgen.

Quelle: [Jacobin](#)

9. **Gefangen in moderner Sklaverei**

Seit Jahren schleusen vietnamesische Organisationen Landsleute nach Europa und beuten ihre Opfer hier aus, auch Kinder und Jugendliche. Das BKA sagt diesem Menschenhandel laut RBB-Recherchen nun den Kampf an.

“Wir gehen von einem sehr hohen Dunkelfeld aus”, stellt Carsten Moritz vom Bundeskriminalamt (BKA) fest. Das Feld, von dem der leitende BKA-Mitarbeiter im RBB-Interview spricht, ist der Menschenhandel: Meist junge Vietnamesen werden in der Hoffnung auf ein Leben in Wohlstand nach Europa gelockt. Einmal angekommen müssen sie hier unter widrigsten Bedingungen arbeiten. “In Massagestudios, Restaurants, Nagelstudios”, erklärt Moritz, aber “auch beim Zigarettenschmuggel, in der Schlachtindustrie”. In Bordellen und im Drogengeschäft wurden ebenfalls Vietnamesen angetroffen. ...

“Hochprofessionell, hierarchisch aufgebaut mit einer grauen Eminenz im Hintergrund, ähnlich einem international agierenden Unternehmen” – so beschreibt Markus Pfau, Leiter der Kriminalitätsbekämpfung bei der Bundespolizei in Halle die kriminellen vietnamesischen Organisationen, die in europaweiten Netzwerken zusammenarbeiten. Nach seinen Erkenntnissen verlangen die Menschenhändler bis zu 20.000 Euro für den Weg nach Westeuropa. Geld, das die Familien oder Jugendliche wie Chung oft gar nicht haben – und sich deshalb bei den Netzwerken verschulden.

“Man ist in Abhängigkeit, ganz klar”, so Pfau. “Die Organisation hat den Betroffenen in der Hand, und wenn der nicht nach ihrer Pfeife tanzt, dann ist die Sache schnell aus für ihn. Es ist letztendlich moderne Sklaverei.”

Quelle: [tagesschau](#)

10. **Schwieriger Aufstieg aus der Herkunftswelt**

Bov Bjerg, Christian Baron und Deniz Ohde haben den sozialen Aufstieg geschafft. Sie sind die ersten Akademiker in ihren Herkunftsmilieus, die sie einst verließen. In ihren Büchern kehren die Ich-Erzähler – ein Professor, ein Journalist und eine Hochschulabsolventin – dahin zurück. ...

„Wenn jemand wie ich, mit meiner sozialen Herkunft, mit dieser Geschichte sich in dieser Gesellschaft Gehör verschaffen will, dann geht das nur mit absoluter Offenheit“, sagt Christian Baron. Mit seinem Buch „Ein Mann seiner Klasse“ hat er eine Autobiografie geschrieben und damit seine elende Herkunft wie ein Statement öffentlich gemacht.

Alle Familienmitglieder, die in seinem Leben eine wichtige Rolle spielten, gaben ihr Einverständnis und wurden von ihm befragt. Denn auf seine eigenen Erinnerungen allein mochte er sich nicht verlassen. Christian Baron wollte die möglichst unverfälschte nackte Realität einer Familie aus der Unterschicht erzählen.

„Scham“, so erzählt er, „ist ein Gefühl, das meine ganze Kindheit durchzieht. Das war mir so gar nicht bewusst. Ich hab lange Zeit gedacht, dass die Scham erst eingesetzt hat, als ich mich an die Uni begeben hab, ein neues Milieu kennengelernt hab und meine Unzulänglichkeiten zu spüren gekriegt habe. Nein, das war schon in meiner Kindheit angelegt, wie wir gelebt haben, dass wir uns abgeschottet haben, kaum von außen Menschen zu uns reinließen. Dass das ein Grundgefühl der Armut ist, das wollte ich nicht verschweigen.“ ...

Christian Barons Vater starb mit 43 Jahren an multiplem Organversagen. Er war schwerer Alkoholiker. Den Unterhalt für die sechsköpfige Familie verdiente er als Möbelpacker. Sein Stolz verbot ihm, ergänzende Sozialhilfe zu beantragen, die der Familie zugestanden hätte, nicht aber, gegen Frau und Kinder gewalttätig zu sein. Seine Grobheit kannte keine Grenzen, machte vor nichts und niemandem halt.

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

dazu: „Ein Klassenverräter wie Gerhard Schröder möchte ich nicht sein“

Das Geld war weg, der Monat aber noch nicht zu Ende: Diese Erfahrung hat die Kindheit von Christian Baron geprägt. In seinem ersten Roman „Ein Mann seiner Klasse“ erzählt er von Armut und abgestelltem Strom, von Alkoholismus und Gewalt.

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

11. **Warum Immobilieneigentümer für die Krise zahlen sollten**

Bereiche wie die Gastronomie, der Einzelhandel, Dienstleistungen für Unternehmen oder Kunst und Kultur werden durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in besonderem Maße in Anspruch genommen. Die Einnahmen brechen nahezu vollständig weg – selbst in den Sommermonaten des vergangenen Jahres, als die Infektionszahlen niedrig waren, wurde nur ein Teil der üblichen Umsätze gemacht. Laufen die Geschäfte schlecht, dann sinken die Löhne für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Viele müssen in Kurzarbeit, einigen droht gar die Kündigung. Ebenfalls gehen die Gewinne der Unternehmen zurück – das eingesetzte Kapital wird geringer

verzinst – denn die Betriebskosten können nicht in demselben Maße reduziert werden, wie die Umsätze zurückgehen. Gerade im Handel, der Gastronomie und bei den Dienstleistungen sind es die Mieten für Geschäftsräume und Ladenlokale, die den größten Anteil der fixen Kosten ausmachen. ...

Dennoch werden die Mietzahlungen allergrößtenteils pünktlich und vollständig geleistet. Die Preise von Immobilien steigen praktisch ungebrems. Ein wichtiger Grund hierfür ist eine äußerst expansive Geld- und Finanzpolitik, die den Rückgang der Einkommen von Haushalten begrenzt und die Unternehmen insbesondere bei den Fixkosten entlastet. Einen Gewinnausgleich hingegen gibt es nicht: Das Eigenkapital wird Stück für Stück verzehrt. Immobilieneigentümer profitieren letztlich davon, dass der Staat an anderer Stelle aushilft.

Dass der Faktor Boden allerdings weitestgehend von den Folgen der Krise freigehalten wird, ist schwer zu akzeptieren. Immobilienvermögen ist in Deutschland äußerst ungleich verteilt und so wird die Krise zu einem guten Geschäft für die oberen zehn Prozent. Ihnen gehören große Teile der deutschen Innenstädte, der Ladenzeilen und Gewerbeflächen. Zwar gibt es Berichte darüber, dass große Vermieter von Gewerbeflächen im zweiten Lockdown auf Teile der Miete verzichten – beispielsweise die ECE Gruppe der Familie Otto.

Quelle: [Spiegel](#)

12. **Altersvorsorge auf Kosten anderer**

„Modernisierung“ klingt erst einmal gut: Konkret kündigte der Vermieter an: einen Aufzug einzubauen, eine Videosprechanlage und Balkons. Die Information kam zwei Tage, bevor die neue Regelung in Kraft trat, nach der nur noch elf Prozent der Modernisierungskosten auf die Mieter umgelegt werden dürfen.

Der Vermieter ist die Fortis Real Estate Investment AG. Ihr Geschäftsmodell besteht darin, Altbauten zu kaufen und als Eigentumswohnungen weiterzuverkaufen. In der Modernisierungsankündigung wird den Mietern nahegelegt, „das Für und Wider des Verbleibs in der Wohnung abzuwägen“. Synke Köhler und ihre Nachbarn tauschten sich mit Bewohnern anderer Häuser der Fortis aus und sie machten eine interessante Entdeckung.

„Über Artikel in der Zeitung haben wir erfahren, dass das Zahnarztversorgungswerk Schleswig-Holstein an der Fortis, also unserem Vermieter, beteiligt ist. So‘ n Zahnarztversorgungswerk ist im Prinzip die Rentenabsicherung für die Zahnärzte.“ Und richtig, so steht es auf der Website der Fortis. Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein ist Mitgesellschafter und Finanzierungspartner der Fortis Group. Laut eigenen Angaben ermöglicht das der Gesellschaft, den Kauf von Gebäuden mit einem Transaktionsvolumen bis zu 250 Millionen Euro zu prüfen. Freiberufler, wie Zahnärzte, Architektinnen oder Anwälte, zahlen statt in die

gesetzliche Rente in eigene Versorgungswerke ein. Insgesamt 90 Versorgungswerke gibt es in Deutschland. Sie haben 2018 zusammen rund 218 Milliarden Euro angelegt.
Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

13. **Virologe kritisiert Merkels Corona-Strategie: „Zielwert illusorisch“**

Die Worte von Professor Dr. Klaus Stöhr finden rund um den Erdball Gehör, wenn es um Corona geht – im eigenen Land jedoch weniger. Hier analysiert er die Strategie der Bundesregierung. (...)

Professor Dr. Klaus Stöhr* zählt zu den erfahrensten Seuchenbekämpfern der Welt, leitete etwa das Influenza-Programm der WHO und koordinierte deren Forschung zu Sars-Viren. Seine Worte finden Gehör bei Regierungen rund um den Erdball, aber nicht im eigenen Land. Zum jüngsten Krisengipfel mit den Ministerpräsidenten lud Kanzlerin Angela Merkel* den 61-jährigen Virologen und Epidemiologen nicht ein – obwohl die SPD-geführten Länder darauf gedrängt hatten. Im Interview mit unserer Zeitung analysiert Stöhr die Corona-Strategie von Merkel, Söder & Co. (...)

In Merkels Beraterstab fordert beispielsweise Ihre Kollegin Melanie Brinkmann sogar eine Zero-Covid-Strategie – also Inzidenz null. Realistisch?

Stöhr: Zero Covid ist zero realistisch. Dieses Ziel zu erreichen und dann langfristig in der Mitte von Europa im Winter zu halten, ist so weit weg von der Realität. Ich wundere mich, dass man sich ernsthaft damit befasst. (...)

Die jüngste Lockdown-Begründung liefern neue Virusvarianten, vor allem aus England. Ist die Angst vor B117 und anderen Mutationen gerechtfertigt?

Eine Pandemie ist ohne Überraschung nicht vorstellbar. Es gibt ja schon viele tausend solcher Varianten. Man muss sie natürlich alle genau beobachten, und die englische Variante B117 scheint augenscheinlich infektiöser zu sein als das ursprüngliche Sars-CoV2-Virus. Aus der Sicht eines Seuchenbekämpfers glaube ich aber schon, dass wir mit solchen Varianten umgehen können. Sie sind kein Grund zur Panik.

Aber Merkel warnt doch davor, dass Varianten wie B117 die Infektionszahlen in kurzer Zeit vervielfachen könnten. Sehen Sie diese Gefahr nicht?

Wenn man beispielsweise die Infektionszahlen in Irland genauer analysiert, verliert die Variante ihren Schrecken. Dort gab es zwar einen steilen Anstieg der Infektionszahlen, er stand aber laut irischen Gesundheitsbehörden nicht im Zusammenhang mit B117. In Irland steigt nun momentan der prozentuale Anteil der Variante an den Infektionen immer weiter. Aber unterm Strich haben sich die Neuansteckungen in den letzten zehn Tagen halbiert. Das spricht eher dafür, dass diese Variante auch beherrschbar ist.

Quelle: [Merkur.de](#)

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu auch [Virologe fordert](#)

[Umdenken der Corona-Strategie: „Wir können mit Inzidenzen von 130 bis 160 umgehen“.](#)

14. **“Gefährlicher als Corona-Leugner” - Spiegel geht auf renommierte Virologen los**

Die renommierten Virologen Hendrik Streeck und Jonas Schmidt-Chanasit gehören zu jenen Vertretern der sogenannten “Corona-Maßnahmen-Kritiker”, die trotz ihrer geäußerten Ansichten nach wie vor eine hohe Reputation genießen. Nun widmete sich der Spiegel den beiden Wissenschaftlern.

Vor wenigen Tagen führten die Spiegel-Redakteurinnen Rafaela von Bredow und Veronika Hackenbroch mit dem Leiter der Virologie an der Berliner Charité, Christian Drosten, ein ausführliches Interview. Eingangs wird Drosten etwa gefragt, für wie gefährlich er die nun aufgetauchten Virusmutanten halte. ...

Und nachdem noch nachgefragt wird, wie es der Corona-Berater der Bundesregierung eigentlich schaffe, “Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen” (worauf Drosten aber nicht antworten mag), kommt man schließlich auf die Virologen Hendrik Streeck und Jonas Schmidt-Chanasit zu sprechen. Ebenfalls auf persönlicher Ebene, aber wenig zimperlich heißt es da:

“Einen größeren Schaden als Corona-Leugner haben im vergangenen Jahr wohl Experten angerichtet, die immer wieder gegen wissenschaftlich begründete Maßnahmen argumentiert haben, zum Beispiel Jonas Schmidt-Chanasit und Hendrik Streeck.” ...

Und sowohl Streeck als auch Schmidt-Chanasit sind bei Weitem nicht die einzigen namhaften Experten, die einen besseren Schutz von Risikogruppen fordern, zusätzlich zu allgemeinen Corona-Maßnahmen.

Doch den beiden Spiegel-Angestellten geht es um “Grundsätzliches”. Schließlich erweckten viele “solcher Experten” den Eindruck, “in der Wissenschaft gehe es bloß um Meinungen – und nicht um Evidenz”. Das untergrabe “die Glaubwürdigkeit von sauber arbeitenden Forscherinnen und Forschern”.

Quelle: [RT Deutsch](#)

Anmerkung JK: Dass die öffentliche Debatte inzwischen totalitäre Züge annimmt, zeigt das erwähnte Interview des Spiegels mit Drosten. Selbst renommierte Wissenschaftler werden, wenn sie es wagen die Regierungspolitik zu kritisieren, sofort in die Ecke der Corona-Leugner und Querdenker gestellt oder sogar als noch gefährlicher diffamiert.

15. **Wissenschaftler widerlegen Mehrwert von FFP2-Masken**

“Ist die Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln und Läden sinnvoll?” Diese Frage stellte ein Zuschauer der “Covid-19 Lectures” des Münchener Universitätsklinikums im Anschluss an einen Vortrag der Virologin Ulrike Protzer. Deren Antwort war kurz und hatte es in sich.

“Das müssen Sie Herrn Söder fragen”, antwortete Protzer kurz und knapp. Frage und Antwort waren nicht ohne politische Brisanz. Gestellt wurde die Frage von der Gynäkologin Marion Kiechle, die 2018 für kurze sieben Monate Wissenschaftsministerin im Kabinett des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) war.

Beantwortet wurde sie von der Lehrstuhlinhaberin für Virologie an der Technischen Universität München. Ulrike Protzer ist aber auch eines von zwei Mitgliedern im Expertenrat der bayerischen Staatsregierung zur Corona-Krise. Im April vergangenen Jahres wurde dieser Rat in einer Pressekonferenz von Söder aus der Taufe gehoben. Mit Protzer soll auch der Leiter des Tropeninstituts an der Ludwig-Maximilians-Universität München Michael Hölscher die Söder-Regierung in wissenschaftlichen Fragen zur Corona-Pandemie beraten.

Zur Einführung der FFP2-Maskenpflicht in Bayern hat Protzer mit Sicherheit nicht geraten. Der bisher schon überwiegend verwendete medizinische Mund-Nase-Schutz tue es “genauso”, sagte Protzer in der “Covid-19 Lecture”. Diese seien darüber hinaus nach dem Medizinproduktegesetz kontrolliert, FFP2-Masken hingegen nicht.

Quelle: [Nordbayern](#)

Anmerkung JK: *Besser lässt sich Söders blinder Aktionismus nicht entlarven.*

16. **USA und Europaparlament setzen Politik des Regime Change in Venezuela fort**

Neuer US-Außenminister mit aggressiven Positionen gegen Venezuela vorbelastet.

Europaparlament ignoriert Verfall der Basis von Guaidó

Auch nach dem Regierungswechsel in den USA dürften Washington und Europa ihre Strategie des maximalen Drucks gegenüber dem lateinamerikanischen Land beibehalten.

Der designierte Außenminister Anthony Blinken hat bereits zu erkennen gegeben, dass die Regierung von Präsident Joe Biden wie die vorangegangene Regierung ebenfalls den venezolanischen Oppositionspolitiker Juan Guaidó als führende Kraft in Venezuela anerkennen wird. Das Europäische Parlament hat derweil eine Resolution angenommen, in der die Anerkennung Guaidós als Interimspräsident gefordert wird. Der künftige Chefdiplomat bestätigte am 19. Januar vor dem US-Senat, dass es unter Biden keinen Strategiewechsel geben werde. Man wolle vielmehr versuchen,

effektivere und zielführende Sanktionen gegenüber der Regierung von Präsident Nicolás Maduro durchzusetzen und die “humanitäre Unterstützung” für das südamerikanische Land erhöhen. Obwohl Guaidó in Venezuela selbst kaum noch über eine breite Basis verfügt, wird er von den USA und anderen Ländern weiterhin als Präsident Venezuelas unter der Behauptung gestützt, die Amtszeit Maduros seit Januar 2019 sei auf manipulierte Wahlen zurückzuführen.

“Wir brauchen eine effektive Politik, die ausgehend von freien und fairen Wahlen, die Demokratie in Venezuela wiederherstellen kann”, so Blinken.

Blinken hat eine Vorgeschichte als Scharfmacher gegen Venezuela. In der Barack Obama-Regierung, die Venezuela als “Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA” einstufte und damit die Grundlage für die weitere Sanktions-Politik legte, war er stellvertretender Außenminister und stellvertretender nationaler Sicherheitsberater. Als Senior Fellow am Center for Strategic and International Studies (CSIS) zeichnete er mitverantwortlich für eine Studie, die die Corona-Pandemie als Chance für eine ausländische Intervention in dem unbotmäßigen, sozialistisch regierten Land analysierte.

Quelle: [amerika21](#)

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu auch [Transkript der Befragung des neuen US-Außenministers Blinken durch Senator Paul. Ein interessantes und „zukunftsweisendes“ Dokument.](#)

17. **Wie Edward Bernays Massen manipulierte - Der Vater der Propaganda**

Edward L. Bernays hat die Kunst der Beeinflussung der öffentlichen Meinung fast im Alleingang kreiert. Sein Klassiker „Propaganda“ von 1923 gehörte zur bevorzugten Lektüre von Joseph Goebbels. Nachdem die Deutschen den Begriff Propaganda in Verruf brachten, taufte Bernays sie in „Public Relations“ um. Er entwarf Werbekampagnen für Amerikas Wirtschaft, und er beriet die Politik.

Heute, da allerorten ein erbitterter Kampf um die Meinungshoheit tobt und autoritäre Regime und Rechtspopulisten die Propaganda nutzen, um die Demokratie auszuhöhlen: Braucht es da vielleicht eine neue, wirkungsvollere Propaganda für die Demokratie?

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

Anmerkung JK: Angesichts der laufenden Angst- und Panikkampagne hochaktuell!

18. **Noam Chomsky: “Rebellion oder Untergang” - Wie wir die Apokalypse noch**

verhindern können

Angesichts von Klimawandel und drohenden Nuklearkriegen müssen wir handeln, fordert Noam Chomsky, dessen Buch „Rebellion oder Untergang“ am Montag erschienen ist. Doch die Zeit sei knapp und Wandel nur innerhalb bestehender Institutionen möglich.

Ute Welty: Wie groß der Einfluss von Noam Chomsky seit Jahrzehnten auf die Debatten ist, lässt sich an verschiedenen Kenngrößen festmachen: Mehr als 30 Mal wird ihm zwischen Uppsala und Peking die Ehrendoktorwürde verliehen. Ungefähr genauso häufig sind andere Auszeichnungen wie 2005 die Wahl zum führenden Intellektuellen weltweit.

Heute erscheint Chomskys neues Buch auf Deutsch: „Rebellion oder Untergang“. Ein Aufruf zum globalen Ungehorsam, sagt Noam Chomsky im Gespräch. Und er sagt auch: Da gibt es überhaupt nichts misszuverstehen.

Noam Chomsky: Wenn jemand behauptet, er handele zugunsten eines höheren Ziels, bedeutet das überhaupt nichts. Die Frage ist stets: Was ist das Ziel? Diejenigen, die am 6. Januar auf das Kapitol stürmten, wollten als Ziel einen Staatsstreich, sie wollten eine legitim gewählte Regierung durch eine nicht gewählte Regierung ersetzen, und das nennen wir einen Staatsstreich.

Woran ich denke und was ich beabsichtige, ist etwas vollständiges anderes. Ich gebe zu verstehen, dass wir einen grundlegenden Wandel brauchen, um den Menschen als Art vor der Auslöschung durch Umweltprobleme oder durch einen nuklearen Krieg zu bewahren.

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

Siehe auch: [Gespräch zwischen dem Verleger des Westend Verlages Markus Karsten und dem Herausgeber der NachDenkSeiten über die fällige Revolution.](#)